

Neue Regeln für die Projektdurchführung

BUDAPEST (Dow Jones/bfai)—In Ungarn ist 40 Großprojekten höchste Priorität eingeräumt worden. Darunter befinden sich neben Fernstraßen auch ein überregionales Logistikzentrum sowie Bahnprojekte. Allgemein soll es schon kurzfristig zu Vereinfachungen bei Baugenehmigungen und öffentliche Beschaffungen kommen. Ob die Minderheitsregierung diese durchsetzen kann, ist offen. Die staatlichen Investitionen in den Infrastrukturausbau werden erhöht.

Maßgeblich für die Mittelaufstockungen für den Fernstraßenbau in Ungarn - auf 2008 nunmehr 650 Mio EUR - sind vor allem Verzögerungen bei den Geldzuflüssen aus Kohäsions- und Strukturfonds der EU. Zur Zwischenfinanzierung sollen nunmehr Budgetmittel eingesetzt werden, wobei die ungarische Regierung davon ausgeht, dass die Überweisungen aus Brüssel spätestens bis Anfang 2009 eintreffen.

40 Großprojekten
wird Priorität eingeräumt

Ungarn hatte zuletzt große Erfolge beim Defizitabbau erzielen können: Der Fehlbetrag im Budget wurde fast halbiert - laut ESA-Erfassung für 2007 auf 5,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) - und verspricht 2008 auf 4% des BIP zu sinken. Wegen der weiterhin ungelösten Regierungskrise ist die Budgetentwicklung ab 2009 allerdings offen. Künftig sollen im Fernstraßenbau verstärkt PPP-Modelle (Public Private Partnership) zum Einsatz kommen.

Zu den annähernd 40 Großprojekten, denen von allen Vorhaben höchste Priorität eingeräumt wird, gehören die Fernstraßen M0, M4, M7 und M43 sowie das Logistikzentrum Záhony an der ukrainischen Grenze und der Burgpalast in Budapest. Hinzu kommen mehrere Bahnstrecken, darunter die Trassen Szolnok-Záhony und Sopron-Szentgotthárd sowie Budapester Vorortbahnen. Auch der Stadt Pécs sollen zur Vorbereitung auf ihre Rolle als europäische Kulturhaupt-

stadt bis 2010 weitere Mittel zur Verfügung stehen.

Zur Beschleunigung der Realisierung von Projekten ist damit begonnen worden, 30 Gesetze und Verordnungen zu durchforsten. Bei den rechtlichen Änderungen steht eine Straffung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren im Vordergrund. Nach italienischem Vorbild sind Projektkoordinatoren geplant, die Investoren und Bauherren dabei helfen, ihre Vorhaben zügig genehmigt zu bekommen.

Anbieter müssen künftig
den Mindestlohn einhalten

Die Regierung hatte 2007 schon Änderungen an vier Baugesetzen auf den Weg gebracht. Die Zahl der für die Genehmigungen zuständigen Bauaufsichtsämter soll erheblich verringert und die Kontrolle auf den Baustellen ausgeweitet werden. Es gibt auch Neuerungen, die den Verwaltungsaufwand steigen lassen: So sollen bei der Projektdurchführung alle Bauphasen detailliert dokumentiert werden, und für jedes größere Bauvorhaben wird ein verantwortlicher Bauführer einzusetzen sein. Für inländische Baufirmen könnten sich dadurch Wettbewerbsvorteile ergeben.

Noch in diesem Frühjahr will die amtierende Minderheitsregierung neue Verfahrensvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen ins Parlament einbringen. Künftig soll bei allen größeren Ausschreibungen von den Anbietern verlangt werden, dass diese in ihre Angebote Lohnkosten mindestens in einer Höhe einkalkulieren, wie sie für den ausgeschriebenen Auftrag als Mindestlohnsomme von der Industrie- und Handelskammer der betreffenden Branche ermittelt worden ist. In Ungarn gibt es seit langem ein Mindestlohnsystem. „Lohn-dumping-Angebote“ fallen dann aus dem weiteren Tenderverfahren heraus. Ob sich im Parlament die nötigen Mehrheiten finden lassen, muss abgewartet werden.

Erika Anders-Clever (bfai)